

BILDUNG #1
FAKTENBLATT

POLITISCHE BILDUNG UND DEMOKRATIE

Die westlichen Demokratien stehen unter Spannung. Autoritäre, nationalistische Rechtspopulisten verzeichneten vor der Corona-Krise deutlichen Zulauf bei den Wahlen. Viele Wählerinnen und Wähler schienen von den Programmen dieser Parteien nicht sonderlich überzeugt. Das zeigten Analysen. Ein wesentlicher Teil dieser Menschen erhoffte sich von den Rechtspopulisten keine Lösungen ihrer Probleme – und wählte sie trotzdem. Der radikale Wandel wurde zum Selbstzweck, das Ziel war zweitrangig. Und nun befördert die Corona-Krise auch noch unheilige Allianzen zwischen Verschwörungstheoretikern und Rechtspopulisten, die ihre Mythen und Falschmeldungen ungehemmt in der Öffentlichkeit verbreiten.

Sorgen ernst nehmen

Wer eine offene Gesellschaft verteidigen will, muss die sozialen und wirtschaftlichen Sorgen vieler Menschen aufgreifen, die sich durch die Corona-Krise noch einmal zugespitzt haben: Die Ängste der alleinerziehenden Altenpflegerin, die sich vor Altersarmut fürchtet, die mangelnden Perspektiven des jungen Hauptschülers, die prekäre Lage der Menschen im Niedriglohnsektor und die Sorge der Facharbeiter vor sozialem Abstieg gehören auf die Tagesordnung der Regierung. Es gilt aber auch die politische Bildung zu stärken. Das besondere an Demokratie ist wie der Sozialphilosoph Oskar Negt sagt, dass: „Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung [ist], die gelernt werden muss – immer wieder und bis ins hohe Alter hinein“. Demzufolge müssen alle die Möglichkeit haben, immer wieder „Demokratie zu lernen“.

Das Recht auf Bildungsurlaub

Deutschland hat zwar das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation von 1974 über den bezahlten Bildungsurlaub ratifiziert, allerdings haben Bayern und Sachsen immer noch kein Bildungsurlaubsgesetz und der Zugang ist je nach Bundesland noch einmal unterschiedlich. Auch in Ländern, in denen die Gesetzeslage günstig ist, nehmen nur Wenige, ihr Recht wahr. Deshalb ist es wichtig, dass es eine „demokratische Bildungskultur“ gibt. Leider gerät die ideelle und finanzielle Förderung von politischer Bildung zunehmend unter Beschuss von rechten Kräften.

Förderung politischer Bildung

Oftmals wird der politischen Bildung gerade von rechtsradikalen Parteien vorgeworfen sie sei nicht neutral und greife in die Meinungsbildung ein. Dabei ist politische Bildung nicht neutral. Sie ist überparteilich und basiert auf Werten. Vor allem dem Schutz der Menschenwürde. Um die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auszubauen und antidemokratischen Kräften entgegenzuwirken, sollten sich möglichst viele Menschen politisch weiterbilden können. Ein länderübergreifendes, bundeseinheitliches Recht auf Bildungsfreistellung und die finanzielle Förderung der politischen Bildung sind wichtige Schritte dahin.

Der DGB fordert:

- mindestens fünf Arbeitstage pro Jahr Bildungsfreistellung für politische Bildung in allen Bundesländern
- den Zugang zur politischen Bildung für alle, auch für Auszubildende und Studierende in den Betrieben
- den Ausbau der Mittel für die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung und für die Volkshochschulen
- eine stärkere Verankerung der politischen Bildung an den Schulen.

